

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Brandl und Alexander Licht (CDU)  
– Drucksache 17/1395 –

### Hahn-Verkaufsverfahren: Festlegung des Beurkundungstermins

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/1395 – vom 21. Oktober 2016 hat folgenden Wortlaut:

Das Beratungsunternehmen KPMG hat in einem Schreiben an die Landesregierung vom 21. Juli 2016 ausgeführt: „Entsprechend der Vorgabe der Staatskanzlei legte das MdI noch am selben Tag (24. Mai 2016) den 31. Mai 2016 als Beurkundungstermin fest, ob wohl zu diesem Zeitpunkt noch eine Reihe von Dokumenten fehlten“ (vgl. Vorlage 17/251).

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das MdI am 24. Mai 2016 (zunächst) den 31. Mai 2016 als Beurkundungstermin festlegte?
2. Warum wurde dieser Termin ggf. auf den 2. Juni 2016 verschoben?
3. War der Beurkundungstermin (auch) Thema des Gesprächs, das der Innenstaatssekretär am 24. Mai 2016 vormittags mit der Ministerpräsidentin führte (bitte ggf. erläutern)?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. November 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das Ministerium des Innern und für Sport vereinbarte am 24. Mai 2016 zunächst einen Beurkundungstermin für den 31. Mai 2016. Der Notartermin fand schließlich am 2. Juni 2016 statt und war das Ergebnis der terminlichen Abstimmung aller Beteiligten (einschließlich Notar); Terminvorgaben der Staatskanzlei gab es nicht. Der Beurkundungstermin stand ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass es keine Reduzierung der bisher an das Verfahren angelegten Standards geben werde. Danach sollte die Käuferin SYT einen aktuellen Handelsregisterauszug sowie eine neue Legal Opinion vorlegen. KPMG wurde zudem beauftragt, die Integrity Due Diligence bzgl. der neuen Gesellschafter zu aktualisieren. Die Beurkundung sollte erst erfolgen, wenn die endgültige Gesellschafterstruktur und ggf. die Voraussetzungen für einen anschließenden Vertragsschluss geklärt sind.

Nach Auskunft von KPMG lagen am 30. Mai 2016 alle Voraussetzungen für die Vertragsunterzeichnung vor.

Zu Frage 3:

Zum Thema des Gesprächs am 24. Mai 2016 hat Ministerpräsidentin Dreyer bereits in der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Innenausschusses, des Haushalts- und Finanzausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr und des Rechtsausschusses am 8. September 2016 Stellung genommen. Sie führte aus, dass das Gespräch mit Herrn Staatssekretär Stich am 24. Mai „die neuen Gegebenheiten, wie die neue Gesellschafterstruktur“ und auch den weiteren möglichen Zeitplan zum Inhalt hatte.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär